

Redaktioneller Teil

Zur Wirtschaftslage.

Von Prof. Dr. G. Menz.

[Die amerikanische Wahl — Weltwirtschaftskonferenz — Reichstagswahl und Wirtschaft — Papierpreis — Buchwirtschaft.]

Von den beiden Wahlen, die in den letzten Tagen stattgefunden haben, kommt die größere Bedeutung der amerikanischen Präsidentenwahl zu, obwohl sich ihre Auswirkungen voraussichtlich erst in Monaten werden bemerkbar machen können. Ob sich innerhalb der Vereinigten Staaten deswegen, weil nun die Demokraten in so überwältigender Mehrheit die Regierung übernehmen, so sehr viel grundsätzlich anders gestalten wird, als es der Fall gewesen wäre, wenn die Republikaner am Ruder geblieben wären, kann dahingestellt bleiben. In erster Linie interessieren die außenpolitischen Auswirkungen und der Einfluß des Wahlausgangs auf die allgemeine Weltlage. Hier dürfte als Ergebnis schon jetzt die Tatsache einer wesentlichen Auflockerung festgestellt werden können. Die Hoover-Regierung hatte sich in zwei entscheidenden Fragen so bedenklich festgelegt, daß dadurch eine überaus starke Spannung in die Lage gebracht worden war. Das war einmal die mandchurische Frage. Eine Zeit lang schien es so, als ob Washington selbst auf die Gefahr kriegerischer Verwicklungen den Widerstand Sowjetrußlands gegen Japan zu unterstützen bereit wäre. Wenn nicht alle Zeichen trügen, scheint Frankreich nicht abgeneigt gewesen zu sein, sich an der Partie zu beteiligen und Japan preiszugeben. Diese Möglichkeit scheint aber aufgegeben zu sein. Aus seinem Gegensatz zu Japan schien sich danach Amerika jedoch nur lösen zu können, wenn es ihm gelang, den Völkerbund vorzuschieben. Könnte sich der Völkerbund aber ein Vorgehen gegen Japan tatsächlich leisten? Nachdem Hoover und Stimson nunmehr zurücktreten, wird Amerika eher einlenken können, und das bedeutet unter allen Umständen eine wesentliche Erleichterung. England und Frankreich hätten zum anderen schon bisher der von Amerika gewünschten Mobilisierung des Völkerbundes gegen Japan, wenn überhaupt, nur gegen entsprechendes Entgegenkommen in der Schuldenfrage zustimmen wollen. Hier nun hatte Hoover wohl der Weltwirtschaftskonferenz zugestimmt, aber die Bedingung gestellt, daß, soweit Amerika in Frage komme, von Schulden und Zöllen nicht gesprochen werden dürfe. Das war die zweite bedenkliche Festlegung der amerikanischen Politik. In der Schuldenfrage wollte Hoover nur nachgeben, wenn man auf seine Abrüstungsforderungen einginge. Schon jetzt ist erkennbar, daß Hoovers Nachfolger in diesen Dingen eher mit sich reden lassen wird. Auch das bedeutet daher eine wesentliche Entspannung und eröffnet bessere Aussichten. Um so mehr, als sich inzwischen Frankreich seinen bisherigen starren Standpunkt aufzugeben angeschickt hat, nachdem es wohl erkannt hat, daß es mit der angedeuteten Änderung der amerikanischen Haltung den beiden angelsächsischen Mächten gegenüber in eine hoffnungslose Isolierung hätte geraten müssen. Für die Wendung in der Abrüstungsfrage spricht dabei außerdem mit, daß Frankreich mit dem Bau seiner Festungen an seiner Ostgrenze im wesentlichen fertig ist und für die nächsten Jahre mit schwachen Rekrutenjahrgängen infolge der Ausfälle während des Krieges zu rechnen hat, die ohnehin eine Herabsetzung der Iststärken mit sich bringen, da eine Verlängerung der Dienstzeit naturgemäß nicht durchzuführen ist. Für die Seerüstungen aber empfehlen sich ebenso natürlich mindestens einige Feiertage, da sich auf Grund der letzten Er-

fahrungen, nicht zuletzt unter dem Eindruck unserer letzten Erhebungen, eine grundlegende Umstellung im Kriegsschiffsbau nötig zu machen scheint, die nicht ohne entsprechende Vorbereitungszeit möglich ist. Die Rüstungsindustrie kann ohne Furcht vor Beschäftigungslosigkeit darauf eingehen, sobald sich mit der Ankerbelung der Weltwirtschaft anderweitige lohnende Absatzmöglichkeiten für Stahl und Eisen eröffnen. Alles das deutet letzten Endes auf gut Wetter. Freilich wird das, wie gesagt, doch noch eine Weile dauern, denn der neue Präsident Amerikas tritt sein Amt erst im März 1933 an. Es ist allerdings schon das Gerücht aufgetaucht, Hoover würde Roosevelt schon jetzt zum Staatssekretär und damit zum Leiter der auswärtigen Politik berufen. Das könnte die sofortige Einleitung des neuen Kurses bedeuten, den Roosevelt dann als Präsident nur fortzusetzen brauchte. Der Gedanke ist aber wohl zu schön, um wahr werden zu können. In der Tat spricht man ja umgekehrt schon davon, daß die ursprünglich für Anfang Dezember geplante, dann auf den Februar verlegte Weltwirtschaftskonferenz, zu der London den Völkerbund hat einladen lassen, frühestens im März, wahrscheinlich sogar erst im April wird zusammentreten können. Sie soll den großen Umschwung bringen. So lange wird die Welt also noch warten müssen.

Zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz ist inzwischen gerade in diesen Tagen der von der Lausanner Konferenz seinerzeit beim Völkerbund angeregte Sachverständigen-Ausschuß zusammenberufen worden. Vom tatsächlichen Inhalt und Ergebnis seiner Verhandlungen ist bisher verhältnismäßig wenig in die Öffentlichkeit gedrungen. Nebeneinander her wurden in zwei Unterausschüssen einerseits die finanz- und währungstechnischen Fragen behandelt, andererseits die wirtschaftspolitischen im engeren Sinne. Der Hauptinteressent der Weltwirtschaftskonferenz ist England. Es hat mit seinen Anhängern im Sterlingblock die übrige Welt durch die Preisgabe des Goldstandards vor die Entscheidung gestellt. Daß die Stellung des Pfundes in irgendeiner Weise geklärt werden muß, ist so gut für England und seine Anhänger wie für alle andern gleich selbstverständlich und zwingend. Welcher Weg aber dabei eingeschlagen werden soll — und es gibt mehr als eine Lösungsmöglichkeit —, das ist noch nicht erkennbar. Man spricht von allerlei Währungsexperimenten, in der Annahme wohl, daß allein von der Warenpreisseite her die Umstellung wohl doch nicht erreichbar sein dürfte. Auf jeden Fall wird es kaum ohne große finanzpolitische Transaktionen lähn konstruktiver Art abgehen. Eine durchgreifende Schuldenkonsolidierung wird schon deshalb unerlässlich sein, weil anders die den Welthandel ruinierende und alle nur schädigende Devisenzwangswirtschaft nicht zu beseitigen sein dürfte. Daran hat nicht zuletzt Deutschland das größte Interesse. Beträchtlicher Widerstand geht von Frankreich aus, das seiner wirtschaftlichen Unterlegenheit wegen seine Außenhandelspolitik durchaus vom Meistbegünstigungsprinzip auf ein durch internationale Kartellierungen noch zu unterstützendes Kontingentierungssystem umstellen will. Ohne entsprechende Sicherungen politischer Art denkt es vor allem auch nicht an eine großzügigere internationale Anleihepolitik. Dafür ist es aber, obwohl seine Kapitalkraft überschätzt wird, unentbehrlich. Hier bestehen also noch beträchtliche Interessengegensätze und Schwierigkeiten. Die Zurückhaltung des Sachverständigen-Ausschusses beruht zweifelsohne zum größten Teil darauf, daß die erforderliche Einigung noch nicht vorliegt. Eine gewisse